

# DAS KARTELL DER VERHÄRMLOSER

Wie deutsche Behörden  
systematisch rechtsextremen  
Alltagsterror bagatellisieren

**AMADEU ANTONIO** STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR




# **DAS KARTELL DER VERHARMLOSER**

**Wie deutsche Behörden  
systematisch rechtsextremen  
Alltagsterror bagatellisieren**

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Herausgeberin:  
Amadeu Antonio Stiftung  
Linienstraße 139  
10115 Berlin, Germany  
Telefon 030. 240 886 10  
Fax 030. 240 886 22  
info@amadeu-antonio-stiftung.de  
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Autorin: Marion Kraske  
Redaktion: Diana Buhe, Anetta Kahane, Robert Lüdecke und Timo Reinfrank  
Fotos: Tim Hoppe/GARP  
Gestaltung:  Design  
Druck: bild1druck, Berlin  
© Amadeu Antonio Stiftung 2012  
Alle Rechte bleiben bei der Autorin und dem Fotografen.

Titelbild: Das Bild zeigt das Tikozialpa in Wismar, welches oft von Neonazis attackiert und angegriffen wird.

Die Publikation wurde ermöglicht durch den Kreis der Freunde und Förderer der Amadeu Antonio Stiftung. Herzlichen Dank!

Gedruckt auf Invirotop. Recycling 100% Altpapier.

# Vorwort

Einstimmig angenommene Anträge haben in der deutschen Parlamentsgeschichte wohl Seltenheitswert. Unmittelbar nach der Selbstenntarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds hat der Deutsche Bundestag einen solchen – von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachten – Entschließungsantrag ohne Gegenstimme angenommen. Gegenstand des Entschließungsantrages war die Reaktion des Bundestages auf die »Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden«, so der Titel. Darin bekundet der Bundestag seine Trauer um die Opfer der Mordserie und äußert sein Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer: »Wir trauern um Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç aus München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbron«. Die Abgeordneten äußern die Erwartung, dass die Morde zügig aufgeklärt und Zusammenhänge dieser Mordtaten und ihr rechtsextremistisches Umfeld umfassend ermittelt werden. »Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind«, heißt es im Text weiter. Der Bundestag zeigt sich entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten fortzusetzen als auch die Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen.



Zudem bekennt er sich zu einer dauerhaften Unterstützung des Engagements gegen Rechtsextremismus und einer selbstkritischen Überprüfung der bisherigen Ansätze: »Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.«

Die Amadeu Antonio Stiftung möchte das Ansinnen des Deutschen Bundestages unterstützen und hat deshalb – mit der Unterstützung des Kreises der Freunde und Förderer der Stiftung – die Politikwissenschaftlerin, Publizistin und ehemalige Spiegel-Korrespondentin, Marion Kraske, mit einer Recherche beauftragt, wie diese Stärkung des Engagements

gegen Rechtsextremismus aussehen könnte und welche Hindernisse dem entgegen stehen. Dabei ist ein Autorenstück entstanden, das die Ergebnisse einer Reise quer durch Ost- und Westdeutschland darstellt und erschreckender nicht sein könnte. Deutlich wird eindeutig: Die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds sind nur die Spitze eines Eisberges, der sich in vielen Kommunen und Städten als rechtsextremer Alltagsterror darstellt. Trotz der überparteilichen Aufklärungsarbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags und der investigativen Berichterstattung über die NSU-Mordserie, droht diese alltägliche Dimension des rechtsextremen Terrors immer wieder aus dem Blick zu geraten. Schlimmer noch: Wie Marion Kraske zeigt, verharmlosen, bagatellisieren und relativieren die zuständigen Sicherheitsorgane häufig das Ausmaß der rechten Gewalt im Alltag. In diesem Zusammenhang waren die Verfehlungen der Behörden bei der Verfolgung des Mördertrios wohl fast absehbar und eben nicht die Ausnahme. Der Terror des Nationalsozialistischen Untergrunds kann und darf nicht ohne die alltägliche Dimension der rechten Gewalt in Deutschland gesehen werden.

Dafür stehen auch die anderen 172 Todesopfer rechter Gewalt, die der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung und die Webseite der *stern*-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« aufgrund von Presseauswertungen und eigenen Recherchen seit 1990 zählen. Diese Menschen wurden nicht Opfer einer systematisch geplanten rechten Terrorserie, sondern zumeist aufgrund von alltäglichen rechtsextremen, antisemitischen, rassistischen, nationalistischen und sozialdarwinistischen Überzeugungen und Handlungen ermordet. Ohne diese langjährige Gewöhnung an das Ausmaß der rechten Gewalt in Deutschland, die Tolerierung und das Weggucken gegenüber den vielfältigen Aktivitäten der unterschiedlichen rechtsextremen Gruppen und Organisationen in Deutschland, lässt sich jedoch auch die Nichtaufdeckung der Mord- und Terrorserie nicht erklären.

Die Politik steht häufig – wie die Reportage zeigt – noch am Anfang. So werden bereits die Ankündigungen von Initiativen des Innenministers in Nordrhein-Westfalen, wie der 8-Punkte-Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, zum Hoffnungsschimmer für den seit vielen Jahren von Nazis terrorisierten Stadtteil Dortmund-Dorstfeld. Neu an dem Plan ist aber weniger die Hoffnung, mit der gezielt eingesetzten staatlichen Repression etwas zu verändern zu können, als vielmehr eine entschlossene Haltung, die viele demokratisch engagierte Menschen solange bei vielen Politikern vermisst haben. In Ostdeutschland haben einige in der Politik Engagierte dies zum Glück schon länger eingesehen. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, setzt schon seit Jahren auf harte Repression gegen Nazis. Wie die Beispiele im Text und die langjährigen Erfahrungen der Projekte und Initiativen in Ostdeutschland zeigen, führt auch dies nicht alleine zum Erfolg. Ohne die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den demokratisch Engagierten in den Kommunen, und deren professionelle Begleitung und Unterstützung durch Beratungsteams, Stiftungen, Watchdog-Organisationen und Opferberatungen, können auch staatliche Akteure dauerhaft nichts gegen die rechte Gewalt ausrichten.

Und es gibt noch einen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland: Die rechte Szene in Westdeutschland wird von der Öffentlichkeit immer noch massiv unterschätzt und häufig nur symbolisch bei Aufmärschen durch Demonstrationen und Mahnwachen eingehgt. Neben der starken rechtspopulistischen Szene, die gezielt Muslime bedroht

und schikaniert, gibt es eine, unabhängig von der NPD über lange Jahre gewachsene, rechtsextreme Struktur aus Kameradschaften und Freien Netzen. Diese haben es gerade in den westdeutschen Flächenbundesländern geschafft, sich im ländlichen Raum fest zu verankern. Aufgrund mangelnder professioneller Strukturen, wie den Beratungsteams und den Opferberatungsstellen, ist das Wissen über diese Szene und die Anzahl der rechten Straftaten noch immer sehr oberflächlich. Seit Jahren nehmen von der Öffentlichkeit unbemerkt, gerade in Westdeutschland, die rechtsextremen Gewalttaten im Bundesvergleich anteilig zu.

Die öffentlich und massiv ausgetragene Auseinandersetzung um die vom Bundesfamilienministerium geforderte sogenannte Demokratie- oder Extremismusklausel gerät angesichts der Terrorserie des Nationalsozialistischen Untergrunds zur Marginalie. Seit deren Einführung durch die Ministerin Kristina Schröder, stellt ihre Unterzeichnung die Grundvoraussetzung für eine Förderung durch den Bund dar. In ihr müssen sich die Projekte selbst, aber auch ihre Partner, zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und für ihre Partner haften. Das Bekenntnis der Partner muss nachvollziehbar durch eigenständige Recherche überprüft und dokumentiert werden. Die Erklärung ist in ihrer Beliebigkeit nicht nur ein Symbol des Misstrauens, sondern auch eine Androhung der permanenten Kontrolle bis hin zur Drohung der Mittelrückforderung. In den Kommunen wirkt sie vor allem als Bestätigung des Vorurteils, dass die meisten Engagierten gegen Rechts linksextrem seien. Vielleicht macht die Reportage von Marion Kraske noch mal deutlich, warum die Projekte und Initiativen, angesichts der jahrelangen Blindheit und Verfehlungen der Sicherheitsbehörden, diese pauschale Verdächtigung ohne jeden Anlass als Unverschämtheit betrachten (und warum Politikwissenschaftler ihr einen nachhaltigen Schaden für die Demokratie attestieren).

Der Deutsche Bundestag wünscht sich ein Land, in dem alle ohne Angst sicher zusammen leben können. Ich hoffe, dass er sich dafür dauerhaft und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen engagiert. Wir sind für diese Unterstützung sehr dankbar.

Timo Reinfrank,  
*Stiftungskordinator der Amadeu Antonio Stiftung*

# Das Kartell der Verharmloser

## Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren

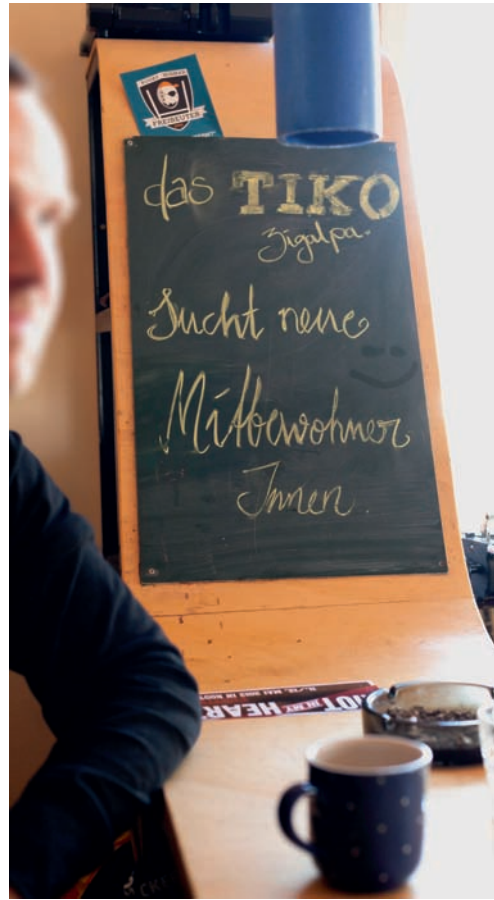
Marion Kraske, *Politologin und Publizistin im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung*

*Opfer rechter Gewalt, Beratungsstellen und Opfervereine kämpfen bundesweit gegen eine Mauer aus Ignoranz und Verharmlosung an. Polizei und Strafverfolgungsbehörden negieren nur allzu oft die politischen Motive von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In vielen Städten existiert eine Kultur des Wegschauens: Die Opfer werden in ihrer Notsituation allein gelassen, die Täter hingegen erfahren Solidarisierung und können dadurch immer mehr gesellschaftlichen Raum besetzen. Wer das Nazi-Problem offen anspricht, trifft dagegen auf Abwehr, wird gar als »Nestbeschmutzer« diffamiert. Insgesamt fehlt in vielen Bundesländern eine klare Positionierung gegen rechtsextreme Gesinnung und ihre gewaltbereiten Schläger und Provokateure. Die »wehrhafte Demokratie« wird so zur Farce.*

Das Haus ist groß und stattlich: Roter Backstein, über den Fenstern Verzierungen, ein kaminroter Erker, dazu in hellgelber Schrift: TIKO. Willkommen im Tikozigalpa in der Hansestadt Wismar. Im Innern betreiben die Besitzer des alternativen Zentrums ein Info-Cafe, hier laufen Filmvorführungen, hier spielen Musikbands. Doch im TIKO geht es nicht nur um Spaß, hier wird auch Politik gemacht. Immer wieder werden Veranstaltungen zur politischen Bildung angeboten: Themen wie die Jahrhunderte alte Feindschaft gegenüber Sinti und Roma oder Rassismus. Oder Diskussionsrunden zu der Frage: Woran erkenne ich Rechtsextreme? Es ist eine wichtige Arbeit, die die jungen Männer und Frauen hier verrichten. Wichtig für die Stadt Wismar, wichtig für die gesamte Region. Denn in Deutschlands Nordosten prägen junge und alte Nazis die öffentliche Kultur, ihre Existenz, ihre Präsenz, ja auch ihre Gewalttätigkeit ist hier nicht Ausnahme, sondern Regel.

Das TIKO ist das einzige alternative Projekt in der Region, alle Altersschichten kommen zu Besuch. »Die jüngsten Besucher sind 13, und der bislang älteste Gast war 90 Jahre alt«, sagt Ralph aus dem Info-Cafe. Seinen richtigen Namen will Ralph aus Angst vor rechtsextremen Gewalttätern nicht nennen. Es wäre gefährlich für ihn. Denn die rechte Szene in Mecklenburg-Vorpommern hat das TIKO und seine Betreiber ohnehin schon im Visier.

Die stattliche Villa ist ein Ort, wo sich die Zivilgesellschaft formiert, wo gesellschaftliche Themen aufgegriffen werden. Wo Demokratie gelebt wird. Dennoch wirkt das Team im TIKO wie eine Insel, losgelöst vom Rest der Stadt. Obwohl die jungen Vereinsmitglieder zu einer gesunden Diskussionskultur beitragen, haben sie in der Stadt Probleme, Gehör zu finden. Die Ostsee-Zeitung etwa berücksichtigt die Veranstaltungen im TIKO so gut wie nicht, berichten sie hier. Warum aber gibt es kein Interesse an Programmen, die beweisen, dass Wismar bunter ist als es auf den ersten Blick den Anschein hat? Unterstützung, öffentliche Gelder erhalten die jungen Demokraten ebenfalls nicht. Eine Stiftung ist die einzige Geldquelle, die sie auftun konnten.



*Das TIKO ist eine alternative Insel im Großraum Wismar. Das Hausprojekt wird regelmäßig von Nazis attackiert und überfallen.*

Wismar ist eine hübsche kleine Stadt an der Ostsee: Liebevoll renovierte Fassaden, ein Marktplatz mit museal anmutendem Charakter und ein pittoresker Hafen. Idylle pur – wären da nicht die Nazis, die in der Region regelmäßig austesten was so geht in unserer Demokratie. Draußen, an der Holzvertäfelung des TIKO, erkennt man noch die Absplitterungen im dunkelroten Holz. »Die kamen eines Abends während eines Reggae-Konzertes mit Steinen hier an«, sagt Ralph aus dem Cafe. Dann wurden sie mit den Wurfgeschossen bombardiert, verbarrikadierten sich im Innern. Es war nicht der einzige Angriff, den die jungen Veranstaltungsmacher erlebten.

### **Alltagsterror für Andersdenkende**

Im TIKO weiß man, was es heißt, wenn man von Nazis zu ideologischen Feinden erklärt wird. Nächtliche Angriffe, Belagerungen vor dem Haus, Hakenkreuzschmierereien – die Situation in Wismar steht stellvertretend für viele andere Städte in Deutschland. Der Alltagsterror der Nazis ist für Andersdenkende oder für Menschen mit vermeintlich





*Direkte Personenfotos vermeiden die Engagierten im TIKO aus Angst vor Übergriffen*

»alternativem« Aussehen in einigen Städten zum bestimmenden Element geworden. An jenem Abend riefen die jungen Mitarbeiter im Kulturzentrum die Polizei. Doch es war wie immer: Die Exekutive fasste keinen der 20 Jugendlichen, obwohl die Polizeistation nur wenige hundert Meter entfernt liegt.

Die Polizei – das ist für die jungen Kulturveranstalter des TIKO eher Problem denn Lösung. Mal werden die Angriffe auf das Zentrum durch die Beamten verharmlost. («Das könnten auch Kinder gewesen sein.»), mal stehen die gerufenen Beamten mit den Nazis da, begrüßen die Angreifer mit Handschlag. Mal erzählen herbeigerufene Uniformierte »Türkenwitze«.

Es fehle das Bewusstsein seitens der Polizei dafür, mit wem man es zu tun habe, sagt Ralph. Eine politische Einordnung der Taten erfolge nicht. Dass die Angriffe politisch motiviert sind, dass hier politische Feinde eingeschüchert oder gar körperlich getroffen werden sollen – es scheint die Ordnungsmacht nicht sonderlich zu interessieren. Als Ralph einmal einen jungen Rechtsextremisten, der in seinem Auto lautstark ein Hasslied auf Juden grölte, anzeigen wollte, weigerte sich der diensthabende Beamte zunächst, die Anzeige aufzunehmen. Kein Wunder, dass viele Taten, die mit rechtsextremem Hintergrund begangen werden, in den Polizeistatistiken unberücksichtigt bleiben. In der Polizeistatistik Wismars jedenfalls findet sich in den letzten Jahren keine einzige Straftat, die sich im Umfeld des TIKO abgespielt hätte.

Die jungen Demokraten des Veranstaltungszentrums fühlen sich daher allein gelassen im Kampf gegen rechte, gewaltbereite Demokratiefeinde. Im Zweifel seien sie den Nazis

hilflos ausgeliefert, so der Tenor hier in Wismar. Unterstützung durch die Behörden, staatliche Solidarität im Sinne der Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen – im TIKO warten sie darauf bislang vergeblich.

### »Dann ziehen Sie doch weg«

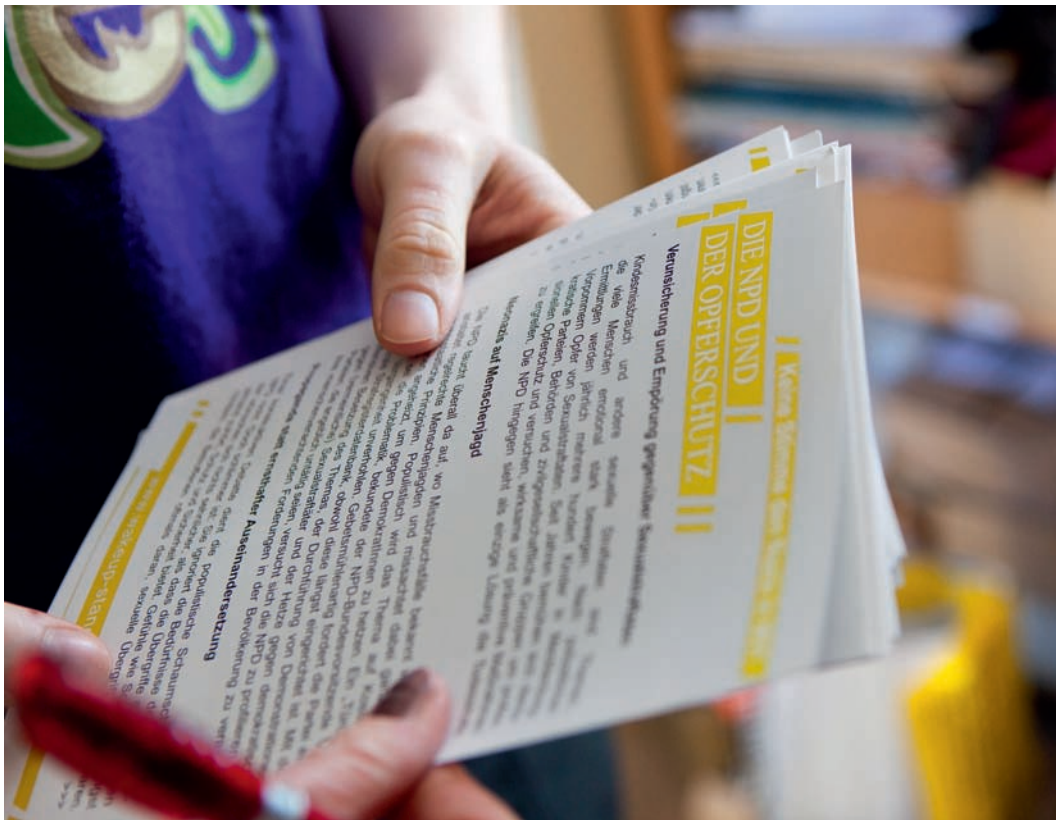
Wismar ist kein Einzelfall. Im Gegenteil: Die fehlende Sensibilisierung bei Polizei und Ermittlungsbehörden im Hinblick auf rechtsextreme Straftaten – sie zieht sich wie ein roter Faden durch die Republik. Nach dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) verabschiedete der Bundestag im November 2011 einen Entschließungsantrag (Drucksache 17/7771). Darin heißt es: »Dem Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden. Wir alle sind gefordert zu handeln – überall dort, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen.« Und weiter: »Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.«

Die Absichtserklärung in allen Ehren – die politische und gesellschaftliche Realität indes sieht anders aus. Fakt ist: Jene, die sich Rechtsextremen in den Weg stellen, die versuchen, mit politischer Bildung, mit Veranstaltungen oder Opferberatungen dazu beizutragen, unsere Demokratie zu stärken, den demokratischen Wertekatalog zu verteidigen, werden nur allzu oft von den Verantwortlichen in Politik und Behörden allein gelassen. Und mit ihnen die Opfer, die den Neonazis damit gnadenlos ausgeliefert sind.

Auch bei der Erstanlaufstelle »MOVE – Menschen ohne Vorurteile erreichen« im sächsischen Mylau, einer Kleinstadt zwischen Zwickau und Plauen, gilt der mangelnde Blick der Exekutive auf die tatsächliche Tragweite rechter Gewaltbereitschaft als Dauerproblem. Die Mitarbeiter des MOVE versuchen, Opfern rechtsextremer Übergriffe oder Drohungen unmittelbar vor Ort zu helfen. Sie decken mit ihrer Arbeit die ganze Bandbreite rechtsextremer Taten ab: Mal werden Ausländer drangsaliert, mal körperlich angegriffen, mal werden Familien bedroht, mal als »Juden« angefeindet, mal werden Molotowcock-



*Die trügerische Kleinstadtidylle in Wismar ist symbolisch für viele andere ländliche Regionen in Deutschland*



*Eine Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Argumenten der NPD ist unabdingbar*

tails auf Häuser von sogenannten ideologischen »Feinden« geworfen. »Wir vermissen bei all diesen Vorkommnissen die klare Positionierung der Exekutive«, sagt Benjamin Zabel, Vorsitzender des Trägervereins »VIVERE – Leben für Vielfalt und Courage«, unter dessen Ägide das MOVE geführt wird.

Immer wieder, berichtet Zabel, müssten er und seine Mitarbeiter die Polizei auf die politische Ausrichtung der Taten hinweisen. In einer Region, in der die Terrorzelle NSU über Jahre ihren Stützpunkt unterhielt, erschwere die naive bis mutwillig ignorierende Herangehensweise der Ermittler die Arbeit des Vereins, stellt Zabel fest. Regelmäßig würden rassistische oder fremdenfeindliche Taten von Polizei und Staatsschutz verharmlost. Ein immer wiederkehrendes Muster: Die Gefährlichkeit der Täter wird negiert, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Tatmotiv ausgeblendet, die prekäre Lage der Opfer dadurch zusätzlich erschwert.

Als eine Familie längere Zeit im Fokus einer Nazi-Gruppe stand, legten ihnen die zuständigen Beamten gar nahe, doch einfach wegzuziehen. Der private Rückzug als Lösung für grassierende Nazi-Bedrohung oder -Gewalt? Die Haltung der Behörden kommt einer Bankrotterklärung gleich.

Aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang auch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Chemnitz von Januar 2012: Als die Richter den Fall eines Asylbewerbers verhandelten,

der im Herbst 2011 ebenfalls Opfer rechter Gewalt geworden war, verstieg man sich im Urteil zu der krude anmutenden Feststellung, dass Deutschland für den Asylsuchenden ein unsicherer Ort sei – und verwies ihn des Landes. Nicht nur, dass damit ein Opfer rechter Gewalt abgeschoben wird, kritisiert die Opferberatung MOVE. Man verurteilt zudem, dass durch die Abschiebung ein wichtiger Zeuge im Gerichtsverfahren gegen die rechtsextremen Täter nicht angehört werden kann.

Wie sehr mitunter die Opfer rechtsextremer Gewalt auf sich gestellt sind, wie wenig der deutsche Staat ihnen Schutz bietet, beweist auch das Beispiel eines Chemnitzer Restaurantbesitzers. Jahrelang war dessen koscheres Gasthaus »Schalom«, das einzige in ganz Sachsen, Nazi-Attacken ausgesetzt – ein Schweinskopf vor der Haustür, Hakenkreuze, eingeschmissene Scheiben, die Reihe der Angriffe nahm kein Ende.

»Die Schäden, die sich auf mittlerweile mehr als 40.000 Euro belaufen, werden immer höher, die Versicherung bezahlt schon lange nicht mehr«, berichtet Uwe Dziuballa.

Von den Behörden fühlt er sich weitestgehend allein gelassen. Insgesamt zählte er in den vergangenen Jahren über hundert Übergriffe auf das »Schalom« – Täter konnte die Polizei in all der Zeit nicht fassen. Im Gegenteil, von Behördenseite wurde der Betreiber für die Schäden gar selbst verantwortlich gemacht: »Wenn Sie ein Unternehmen mit so einem Logo führen, müssen Sie sich über so eine Aufmerksamkeit nicht wundern«, so lautete der Kommentar eines Beamten, als Dziuballa wieder einmal einen Angriff auf sein Restaurant meldete. Für den Restaurantbesitzer steht daher fest: »Es ist unglaublich, was die Rechten hier anrichten können, ohne dass es irgendwelche Konsequenzen nach sich ziehen würde.«

### **Verharmlosen, bagatellisieren, negieren**

Auf thüringischer Seite des Vogtlandes, dem Sitz des NSU, beobachten Opferberater einen weit verbreiteten Rassismus, der sich häufig im Kontakt mit Zugewanderten entlädt. Dabei, so Christina Büttner von ezra, der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, seien keinesfalls nur Nazis am Werk. Vielmehr komme der Rassismus auch aus der Mitte der Gesellschaft – immer wieder entluden Nachbarn ihren Hass gegenüber Menschen mit fremden Wurzeln auch mit körperlichen Angriffen. Und auch hier registrieren die Experten der Opferberatung nur allzu oft Behördenversagen. Anzeigen wegen Rassismus würden von der Polizei mitunter gar nicht erst entgegen genommen oder bagatellisiert: Aussagen wie »Ist doch gar nicht so schlimm« ließen andeuten, dass es sich um harmlose Beleidigungen handele. »Der Rassismus wird in Frage gestellt, die Diskriminierung für die Opfer setzt sich somit auf Behördenebene fort«, konstatiert Büttner. Immer wieder beobachte sie Beamte, die ihrerseits aus ihren offenen Ressentiments gegen Fremde keinen Hehl machten. Büttners Fazit lautet daher: »Im Beamtenapparat fehlt ganz eindeutig die interkulturelle Kompetenz.«

Das eigentliche Motiv für die Taten werde zudem nicht ernst genommen, so Büttners Erfahrung, der politische Hintergrund von Angriffen oder Bedrohungen negiert. Die Folge: In den Polizeiberichten steht häufig nichts von politischen oder rechtsextremen Taten. Angriffe von rechts fließen dann als harmlose Schlägereien in die Statistik ein.



*Die Polizei in der Hansestadt Wismar ist wohl häufig Teil des Problems. So werden auch schon mal »Türkenwitze« erzählt.*

Eine Tatsache, die erklärt, warum die Opferberatungen quer durch die Republik viele »Dunkelziffer«-Fälle behandeln, die in den offiziellen Statistiken der Behörden gar nicht erst auftauchen.

Und auch Drangsalierungen und Angriffe aus dem harten Kern der Neonazi-Szene sind im Kernland des Nationalsozialistischen Untergrunds, im Vogtland, an der Tagesordnung. So wurde Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter, der sich seit Jahren gegen rechtsextreme Umtriebe stark macht, im Frühjahr 2010 Opfer offener Gewaltaufrufe. Auf Schröters Privathaus sprühten Täter dessen Profil, dazu die Drohung: »Wanted – Dead or Alive«. Ein Kirchenvertreter aus Gera, der sich ebenfalls gegen rechtsextreme Umtriebe engagiert hatte, wurde in rechtsextremen Internetforen wie Altermedia (World Wide News for People of European Descent) beschimpft und ebenfalls mit Drohungen bedacht: »Wir sehen dich!«

### **Gefährliche Opfer-Täter-Umkehr**

Doch die Angriffe richten sich immer wieder auch gegen engagierte Otto-Normal-Bürger – oder aber gegen Menschen, die durch Zufall ins Blickfeld der Rechten geraten. Es gibt Bedrohungen an Schulen, an Universitäten, in Vereinen. Jene aber, die das Nazi-Problem offen benennen, stoßen häufig auf Ablehnung, beobachtet Opferberaterin Büttner. »Es gibt keine Solidarität mit ihnen, sondern Abwehr.« Der Reflex von vielen Institutionen und Kommunen sei der, dass man sich dagegen verwahre, derart in die »braune Schmutz-

delecke« gerückt zu werden. Oft gehe es einzig um den Ruf der Stadt oder der Institution, den es zu wahren gelte. »Für die Opfer ist das eine schlimme Erfahrung«, weiß Büttner. Auf diese Weise finde in der öffentlichen Debatte immer wieder eine »Opfer-Täter-Umkehr« statt. »Die eigentlichen Opfer werden zu Tätern gemacht, gar zu Nestbeschmutzern abgestempelt.« Die mitunter traumatisierten Opfer würden damit ein zweites Mal traumatisiert.

Ähnliche Erfahrungen machte Pfarrer Lothar König schon seit 1991 in Jena. Jahrelang waren der Geistliche und seine Junge Gemeinde Anlaufpunkt für Jugendliche, die von Neonazis zusammen geschlagen wurden. Es war die Zeit, als sich auch die mutmaßlichen Nazi-Terroristen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe radikalisierten. Statt Gehör zu finden, stieß König in der Öffentlichkeit auf eine Mauer der Ablehnung, die etablierten Parteien, die Bürgerlichen taten ihn als Spinner ab. Als einen, der Gespenster sah, zu links, zu radikal. Der die Gefahr des Rechtsextremismus künstlich aufbauschte. »Ich habe doch gesehen, was los war, wenn wieder einmal einer zusammengeschlagen wurde, wenn ich wieder ins Krankenhaus musste«, erinnert sich König heute. Die Täter waren immer die gleichen: Glatzen, wie er sie nennt, sie trugen Springerstiefel und Baseballschläger, hatten eine diffuse Vorstellung von einer Gesellschaft, in der alles, was anders war, störte. Nicht nur Ausländer, auch Linke.

### **Freifahrtschein für rechtsextreme Täter**

Christine Büttner von der Opferberatung ezra sieht dieses Muster der Verdrängung auch noch heute weit verbreitet: Mit gefährlichen Konsequenzen für die Allgemeinheit. Durch eine Haltung der Abwehr erhielten die Täter quasi einen Freifahrtschein. Die Gefährdungen, die durch sie ausgehen, werden verlängert, die fortgesetzte Terrorisierung der Allgemeinheit billigend in Kauf genommen. »Oft reagieren die Behörden erst, wenn wir uns als Opferberatung einmischen. Der Druck von außen ist notwendig, sonst würden viele Opfer gar nicht ernst genommen«, so Büttner.

Das hat sich auch nach Auffliegen des NSU keineswegs geändert. Obwohl Politik und Polizei seither immer wieder betonen, wie ernst sie die Bedrohungen von rechts nehmen – in vielen Kommunen sprechen die Realitäten eine andere Sprache.

Wie sehr die Polizei mitunter bereit ist, menschenfeindliche Angriffe hinzunehmen, beweist ein Fall aus Sachsen-Anhalt, den die *stern*-Seite »Mut gegen rechte Gewalt« der Amadeu Antonio Stiftung dokumentierte: Ein türkischer Imbissbetreiber wurde Ende Februar 2012 durch Angreifer mit dem Tode bedroht. Wenn er seinen Imbiss nicht bis zum 20. April – dem Geburtstag Adolf Hitlers – schließe, werde er das nächste Opfer, so die Drohung (eine Anspielung auf die Mordserie des rechtsextremen NSU). Die herbeigerufene Polizei kam erst nach mehreren Anrufen. Und obwohl der Imbissbesitzer aus dem Ohr blutete, erklärten die Beamten einen Arzt für überflüssig. Statt dessen wurde bei dem Mann ein Alkoholest durchgeführt. Hinweisen auf das politische Motiv der Täter gingen die Beamten zunächst nicht nach, in der anschließenden Pressemitteilung verwies man lediglich auf eine Auseinandersetzung um das beschlossene Rauchverbot. Schließlich schaltete sich der türkische Generalkonsul in den Fall ein und empfing die bedrohte Fa-



*Rechte Gewalt ist in vielen Gemeinden Alltag, nicht nur in Plattenbausiedlungen*

milie in Hannover. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht, der den Imbiss-Überfall schließlich zur Chefsache erklärte, attestierte seinen Beamten später »ein nicht zu akzeptierendes Verhalten«. Immerhin.

### **Von Ost bis West**

Dabei sind die beschriebenen Irrwege von Behörden und Öffentlichkeit keineswegs ein ausschließlich ostdeutsches Phänomen. Die Seite »Mut gegen rechte Gewalt« dokumentierte im März 2012 einen Fall aus Frankfurt. Polizeibeamte rückten an, nachdem ein junger Mann aus Neu-Isenburg mit äthiopischen Wurzeln von vier Angreifern mit Pfefferspray und Baseballschlägern traktiert und an Nase und Zeigefinger verletzt worden war. Man hatte ihn geschlagen und als »Neger« beschimpft.

Auch hier zeichnete sich das bekannte Muster ab: Gleich drei Zeugen berichteten später, dass die Beamten den Fall zunächst bagatellisierten, das Opfer gar verhöhnten, indem sie sich mit diskriminierenden Witzen über den Mann lustig machten. In einer Zusendung an die »Frankfurter Rundschau« beurteilten die drei Zeugen das Vorgehen der Uniformierten als »skandalös«. Gerade nach den Vorfällen der Zwickauer Neonazi-Zelle müsse dieses Fehlverhalten in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Zu Protokoll gaben die Zeugen des Vorfalls, dass der Äthiopier zuvor vor zwei Tätern davon gerannt war und in »panischer Angst« geschrien hatte. Die eintreffenden Polizisten jedoch ließen sich erst nach Eingreifen der Zeugen dazu bewegen, den Verletzten zu einer nahegelegenen Disko zu begleiten, um mögliche Täter zu identifizieren. »Hätten wir uns

nicht eingeschaltet, wären sie gar nicht hingegangen«, stellte eine Zeugin anschließend fest. Einer der Beamten soll nach Aussage der Zeugin im Laufe der Unterredung die Beschimpfung »du Neger« seitens der Täter mit den Worten abgetan haben, dass das »in solchen Kreisen Alltagssprache« sei. Und wenn die Täter Türken seien, wisse er nicht, »was daran rassistisch« sei.

## **Mangelnde Anerkennung**

Bundesweit engagieren sich unzählige Vereine und Organisationen mit ihrer täglichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und seine Folgen. Viele klagen jedoch über eine mangelnde Anerkennung ihrer Arbeit. »Eine Wertschätzung darüber, dass wir demokratische Basisarbeit leisten«, sagt Benjamin Zabel vom Verein VIVERE im sächsischen Plauen stellvertretend für viele andere, »gibt es eigentlich nicht«. Stattdessen würden er und seine Opferberatung nur allzu oft als »linkes« Projekt abgetan. Auch bei ezra in Thüringen, deren Träger die Evangelische Kirche Mitteldeutschland ist, moniert man, dass man ihre Arbeit keineswegs »als neutral« ansehe, geschweige denn als fundamentalen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft.

Kein Einzelfall: Die Mobile Beratungsstelle MOBIT in Erfurt, die Präventiv- und Strategieberatung für ganz Thüringen macht, vermisst nach Aufliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds eine ideologische Stärkung der Initiativen und Vereine gegen Rechtsextremismus seitens der Behörden. Diese gebe es schlicht nicht, sagt Projektleiterin Katja Fiebiger, die mit sechs Beratern vor Ort im ganzen Land unterwegs ist. »Der Alltag läuft



*Auch viele engagierte Bürgerinnen und Bürger ziehen aus den ländlichen Räumen zurück*



genau so weiter wie bisher. Eigentlich haben die Verantwortlichen vor Ort aus dem Fall NSU keine Lehren gezogen.«

In Thüringen, so Fiebiger, werde das Problem NSU einfach ausgelagert: Man diskutiere über die Verfehlungen des Verfassungsschutzes und den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, jedoch nicht über das eigentliche Problem: den Rechtsextremismus als gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Kommunen müssten endlich eine entschiedener Position einnehmen, fordert die MOBIT-Leiterin daher. Bei Anmeldungen von Neonazi-Demos oder anderen Veranstaltungen müssten die jeweiligen Ämter kreativer werden, um den öffentlichen Aktionsradius der Extremisten einzuschränken. »Das sehe ich derzeit aber nicht«, stellt Fiebiger fest.

### **Kaum Unterstützung von staatlichen Stellen**

Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die genannten Vereine allesamt erfüllen – die Folgen des Extremismus aufzeigen, deren Opfer begleiten und die Täter und ihre politischen Motive benennen (nicht zuletzt als Prävention vor weiteren Taten) – all das kommt in der öffentlichen Debatte nur rudimentär vor. Absichtserklärungen der Politik sind das eine, im täglichen Umgang aber zeigt sich, wie wenig die deutsche Gesellschaft jene unterstützt, die sich bemühen, rechtsstaatliche Grundrechte von Gleichheit und Unversehrtheit des Individuums auch an der Basis umzusetzen.

Das mussten auch die Mitglieder des Vereins »Soziale und politische Bildungsvereinigung« im sächsischen Limbach-Oberfrohna erfahren. Der Verein gründete sich vor rund drei Jahren, weil junge Bewohner des Ortes genug hatten von den nicht enden wollenden Hakenkreuz-Schmierereien, von Bedrohungen und jahrelangen Angriffen durch Nazis. Zwar wurde der Verein für den sächsischen Demokratiepreis nominiert – vor Ort aber wurden sie schnell zu Hassobjekten stilisiert, weil man das Städtchen aus Sicht der politischen Verantwortlichen zur Nazi-Hochburg abstempelte. Obwohl Nazis die jungen Vereinsmitglieder jagten und krankenhausreif prügeln, bezeichnete der örtliche Polizeichef die Lage im Ort – welch Grotteske – zuweilen als »ruhig«.

Auch die Stadtoberen Limbach-Oberfrohna stellten sich nicht schützend vor die jungen Demokraten: Während die Neonazis die Kleinstadt und ihre Bewohner terrorisierten, die es wagten, anders auszusehen, anders zu denken als die Ewiggestrigen, nahmen die politischen Verantwortlichen nicht die Nazi-Schläger, sondern die Angegriffenen ins Visier. Im sogenannten Kriminalpräventiven Rat, in dem auch der Stellvertreter des Oberbürgermeisters saß, wurde beispielsweise darüber diskutiert, wie man den damaligen Vorsitzenden des Demokratievereins wegen Missbrauchs des öffentlichen Notrufs belangen könne – und das zu einer Zeit, in der das Vereinsheim regelmäßig von rechten Schlägern und Gewalttätern belagert und angegriffen wurde. Hilfe, Unterstützung in einer Situation, in der sie regelmäßig Gewaltangriffen ausgesetzt waren – sie wurde den jungen Vereinsmitgliedern lange Zeit verwehrt. Ja mehr noch: die von Neonazis Angegriffenen wurden ihrerseits kriminalisiert. Mal unterstellte man ihnen, die Hakenkreuze selber gesprüht zu haben, mal sollten sie die Sachbeschädigungen (etwa an ihren Autos) höchst selbst verursacht haben.

Und auch nach Auffliegen des Zwickauer Terrortrios, zu der auch Neonazis aus Limbach Kontakte unterhalten haben sollen, sehen die Betroffenen keine Besserung der Lage: Die Vereine gegen Rechts würden nach wie vor als Spinner verunglimpft, sagt Moritz Thielicke, einer der Gründer der »Sozialen und politischen Bildungsvereinigung«. Immer wieder werde ihnen vorgeworfen, sie seien selber schuld an der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen – schließlich habe man provoziert. Dafür reiche den Verantwortlichen schon ein anderes, alternatives Äußeres. Alle also, die sich nicht dem Kleiderzwang der Neonazis unterwerfen, werden als Provokateure abgestempelt. Aus Opfern werden so Täter gemacht – so einfach entledigt man sich in deutschen Städten des Nazi-Problems.

### **»Eingeschränkter Rechtsstaat«**

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene rund um Limbach gibt es dagegen nicht. Die Stadt, allen voran Oberbürgermeister Hans-Christian Rickauer, sei einzig an Imagepflege interessiert, konstatiert Thielicke. Zwar verbreiteten die Stadtoberen öffentliche Bekundungen, dass man gegen rechts *und* links vorgehen müsse. Thielicke: »Dass Limbach-Oberfrohna einzig und allein ein gefährliches Nazi-Problem hat, bleibt dagegen unausgesprochen.«

Der Politologe und Rechtsextremismusforscher Hajo Funke von der Universität Berlin geht sogar noch einen Schritt weiter: Angesichts brutaler Übergriffe auf alternative Jugendliche in Limbach-Oberfrohna, angesichts verspäteter oder ausgebliebener Hilfeleistung spricht Funke von einem »eingeschränkten Rechtsstaat«. Er vermisse, so der Wissenschaftler, eine klare Positionierung des Oberbürgermeisters in der von Neonazis terrorisierten Stadt.

Auch etliche Kilometer weiter nordwestlich, in Boizenburg im Landkreis Ludwigslust, fühlen sich Bürger allein gelassen von der Politik und ihren Vertretern, allein gelassen im Kampf gegen den grassierenden Rechtsextremismus. Im Jahr 2009 gründeten sie in Boizenburg ein »Buntes Bündnis«, um der zunehmenden Agitation durch die NPD und deren gewaltbereiten Trupps etwas entgegen zu setzen. Es waren Bürgerinnen und Bürger, die sich hier im Sinne der Demokratie engagierten, Menschen wie Markus Iking.

Heute, drei Jahre später, sitzt Iking in seinem Garten und ist desillusioniert. Zwar sei das Lebensgefühl im Ort etwas offener geworden, die Bevölkerung habe nicht mehr so viel Angst, gegen die Rechten und ihre Schläger vorzugehen, berichtet der gebürtige Münsteraner. Das »Bunte Bündnis« aber gebe es de facto nicht mehr. Außer dem parteilosen Bürgermeister, einem Vertreter der Linken und der Evangelischen Kirche im Ort habe es keinerlei Rückendeckung seitens der etablierten Parteien gegeben, keine klare Positionierung gegenüber den Rechtsextremen, kritisiert Iking. Er und die anderen Demokraten zogen sich daraufhin zurück. Iking's Fazit: »Wenn es seitens der Politik kein Interesse gibt, die Demokratie zu stärken – auch gut. Ich mache mich dann als Einzelner aber nicht zum Deppen.«



*Markus Iking engagiert sich in Boizenburg seit Jahren im »Bunten Bündnis«. Er kritisiert eine fehlende Positionierung gegenüber Rechtsextremen.*

## Misstrauen gegenüber den Demokratie-Vereinen

Mitunter freilich mündet die mangelnde staatliche Solidarität gar in offenem Misstrauen gegenüber jenen, die sich den Rechtsextremen in den Weg stellen. »Statt Unterstützung zu erfahren, werden wir kriminalisiert«, sagt Birgit Hannemann vom Berliner Verein OFFENSIV 91. Seit der Wende engagiere sie sich mit ihrem Verein im Problembezirk Treptow-Köpenick, in dem junge und alte Nazis eine neue Bleibe gefunden haben. Hier unterhält die rechtsextreme NPD ihre Bundeszentrale, massenhaft ziehen hier ihre Anhänger her, unternehmen alles, um den Stadtteil zu einer »National befreiten Zone« zu machen. Hakenkreuze finden sich überall, Graffiti mit »Heil Hitler«, Angriffe gegen Andersdenkende und Ausländer – all das ist in Treptow-Köpenick an der Tagesordnung.

Jahrelang haben sich Hannemann und ihr Verein eingemischt, mit Aktionstagen, mit Demos und Stadtteil-Festen, haben den Demokratiefeinden etwas entgegen gesetzt. Dann kam 2010 aus dem Familienministerium die sogenannte »Extremismuserklärung«. Damit, sagt Hannemann, würden ausgerechnet jene »unter Generalverdacht gestellt, die sich für die Demokratie einsetzen«. Das Vorgehen der Bundesregierung, das auch von Rechtsextremismusexperten kritisiert wird – es hat die Vereine schwer getroffen. Wie Hannemann haben etliche die Erklärung nicht unterzeichnet. »Ich stehe mit meiner Arbeit seit Jahren für meine demokratische Ausrichtung«, sagt Hannemann, »da bedarf es keiner Erklärung und keiner Bespitzelung unserer Partner.«

Jene Vereine, die die Extremismuserklärung ablehnen, erhalten vom Bund keine Fördergelder mehr, auch Hannemanns Verein OFFENSIV 91 ist betroffen. Die Folge: Wichtige Projekte gegen Rechts können nicht mehr realisiert werden, bewährte Netzwerke, die über Jahre gewachsen sind, brechen weg. Die Konsequenz: Die Arbeit gegen Rechtsextremismus wird nach Einschätzung von Experten wie dem Düsseldorfer Rechtsextremismusexperte Alexander Häusler nachhaltig geschwächt.

Denn gerade diese Träger leisteten mit ihrer alltäglichen Arbeit einen entscheidenden Beitrag für die Formierung und Festigung von demokratischem Engagement gegen rassistische und rechtsextreme Einflussnahmen im kommunalen Alltagsgeschehen, so der Wissenschaftler. »Die Vereine klären über rechtsextreme Strukturen auf und bündeln zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Damit wird in der Praxis der Grundstein für eine "wehrhafte Demokratie" gelegt.« Dieses Engagement ausgerechnet im Namen der "wehrhaften Demokratie" nun durch die Extremismusklausel gegen ihre eigentlichen Verteidiger zu wenden, indem deren Projektpartner unter Generalverdacht gestellt würden, so Häusler, erscheine als schlichter, ideologisch motivierter Akt zum Schaden demokratischer Selbsthilfepotenziale.

Ende April 2012 erklärte das Verwaltungsgericht Dresden die Extremismusklausel für rechtswidrig. Einzelne Passagen seien zu unbestimmt, heißt es in dem Urteil. Die Richter gaben damit der Klage des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Pirna (AkuBiz) statt. Zuvor hatte bereits der renommierte Berliner Verfassungsrichter Ulrich Battis in einem Gutachten die Klausel für »verfassungsrechtlich bedenklich« erklärt. Zahlreiche Rechtsextremismusexperten fordern seit langem die Streichung der Klausel, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu stärken.



*Franca Ziborowius und Claudia Luzar von der Opferberatungsstelle BACK UP in Nordrhein-Westfalen*

## **Prekäre Finanzlage**

Nahezu alle Vereine, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, klagen über eine mangelhafte finanzielle Ausstattung. »Unsere Arbeit beinhaltet in Permanenz den »Kampf ums finanzielle Überleben«, bringt die Opferberatung MOVE die Lage auf den Punkt. Mit einer finanzierten Stelle von 22 Stunden pro Woche sei man lediglich mit dem Allernötigsten ausgestattet und immer wieder auf Spenden angewiesen.

Da MOVE zum Beispiel nicht nur Opferberatung, sondern auch Netzwerkarbeit mit anderen Vereinen und Organisationen über die Ländergrenzen hinweg zwischen Sachsen, Thüringen und Bayern organisiert, seien sie mit einer Stelle heillos unterausgestattet. Im Grunde, so die Betreiber von MOVE, »könnten wir hier angesichts der Aufgabenfülle drei bis vier Stellen ausfüllen. Der Bedarf wäre da.«

Der Zugang zu öffentlichen Strukturmitteln stellt für viele Vereine ein existenzielles Problem dar. Man hänge sich von einer Finanzierung zur nächsten, eine kontinuierliche Ausstattung und damit eine auf Dauer angelegte Basisfinanzierung gebe es nicht, so der Tenor. Um an öffentliche Gelder zu kommen (etwa aus dem Bundestopf »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«) müssen regelmäßig Anträge gestellt werden. Gerade die kleinen Vereine in der Fläche stellt dieser bürokratische Aufwand jedoch regelmäßig vor erhebliche praktische Probleme.

Die in Erfurt ansässige mobile Beratung MOBIT beobachtet, dass der Bürokratieaufwand für die Vereine in jüngster Zeit weiter zugenommen hat. Von den sechs Stellen, die

die Mobile Beratung beschäftigt, kümmert sich eine volle Stelle um die bürokratischen Anforderungen auf Bundes- und Landesebene. »Das bindet Kräfte und blockiert unsere eigentliche Beratungstätigkeit«, kritisiert MOBIT-Leiterin Katja Fiebiger. Die eigentliche Arbeit gegen Rechtsextremismus werde dadurch unnötig behindert.

### **Erkenntniswandel: Dortmund macht Front**

Fakt ist: Etliche Kommunen (vor allem im Osten Deutschlands) haben die Dringlichkeit konzertierten Handelns gegen den Rechtsextremismus noch nicht erkannt. In Dortmund hingegen ist man auf bestem Wege, die Verfehlungen von einst zu korrigieren. Den Neonazis, die die Stadt terrorisieren, soll nun in gemeinschaftlicher Form Einhalt geboten werden. Es wird auch Zeit: Laut einer Statistik der Amadeu Antonio Stiftung wurden allein in Nordrhein-Westfalen seit der Wende 28 Tote durch rechtsextreme Gewalt gezählt.

Im vierten Stock des Verdi-Gebäudes gegenüber dem Dortmunder Hauptbahnhof sitzen Claudia Luzar und Franca Ziborowius von der Opferberatung BACK UP. Die Wände sind noch kahl, Plakate sollen in den nächsten Wochen gedruckt werden. Das BACK UP ist ganz jung, erst im Herbst vergangenen Jahres haben sie sich hier gegründet, unter dem Dach des Paritätische Wohlfahrtsverbandes. Es sind vier halbe Stellen, die aus Landes- und kommunalen Mitteln finanziert werden – für ganz NRW. Nicht mal ein Auto steht den Beratern zur Verfügung.

Was in den neuen Bundesländern seit Jahren existiert – öffentliche Stellen, an die sich Opfer rechter Gewalt wenden können – in Dortmund fängt man damit gerade erst an. Und das in einer Stadt, die inzwischen zu den Hochburgen der Neonazi-Szene zählt. Zehn Jahre lang, sagt Projektleiterin Claudia Luzar, sei das Problem verharmlost und ignoriert worden. Antifaschistische Gruppen und Bürgervereine hätten den Bedarf für eine Beratungsstelle schon lange eingefordert. Vergeblich.

»Das Problem ist, dass man den Rechtsextremismus bislang ausschließlich als ostdeutsches Problem angesehen hat«, stellt Luzar fest, die bereits eine mobile Beratung in Brandenburg aufgebaut hat. Und tatsächlich: Auch nach Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds wiesen viele erst einmal in die neuen Bundesländer. Dabei belegen aktuelle Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass sich die Häufigkeit von rechtsextrem motivierten Gewaltdelikten in Ost und West angeglichen hat. Und auch was die »Härte der Vorfälle« anbelangt, haben westdeutsche Nazis mit den Gesinnungstätern im Osten längst aufgeschlossen. Die brenzlige Lage in Dortmund, die unzähligen rechtsextremen Gewalttaten im gesamten Westen der Republik beweisen also: Rechtsextremismus und der daraus resultierende Alltagsterror sind ein gesamtdeutsches Phänomen. Eines, das auch jenseits des NSU weiter existiert.

Immerhin: In Nordrhein-Westfalen hat man erkannt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Gewachsene Netzwerke gegen Rechtsextremismus – bislang sucht man sie hier allerdings vergeblich. Auch eine gemeinsame Strategie gegen den rechten Extremismus existiert nicht. »Wir machen hier Basisarbeit. De facto fangen wir bei Null an«, sagt Luzar. »Es ist verdammt spät, aber endlich tut sich jetzt etwas.«

Ende 2011 stellte NRW-Innenminister Ralf Jäger einen 8-Punkte-Aktionsplan vor:



*Seit Jahren ist Dortmund – trotz seiner Multikulturalität – ein Sammelbecken für gewaltbereite Autonome Nationalisten*

Zum einen sollen rechtsextreme Straftaten in ihrer ganzen Bandbreite konsequent erfasst und verfolgt werden. Zudem sollen Rechtsextreme aus ihrer Anonymität herausgeholt und die Handlungsspielräume für Neonazis massiv eingeschränkt werden. Neben einem übergeordneten Kompetenzzentrum wurden bereits in Dortmund, Aachen, Wuppertal und Köln Sonderkommissionen gebildet. Schließlich soll auch die Prävention gestärkt werden. Insgesamt zeichnet sich ein Gesamtkonzept ab, gestützt von der Politik, unter Beteiligung der örtlichen Behörden.

Dortmund ist ein Hotspot des Rechtsextremismus. Vor allem die Autonomen Nationalisten schüren hier bis zum heutigen Tag Angst und Unsicherheit. Rechtsextreme Gewalt geht insbesondere von der Gruppe »Skinheadfront Dorstfeld« aus. Mit einer doppelten Agenda versuchen die Nazis ganze Stadtviertel zu ihrem Einflussgebiet zu machen: Einerseits treten sie mit Provokationen in der Öffentlichkeit auf, andererseits werden Migranten und Andersdenkende gezielt ins Visier genommen und terrorisiert. Über das Internet ist die Dortmunder Szene laut einer aktuellen Studie, die im Auftrag der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie erarbeitet wurde, gut vernetzt, auch zu Neo-

nazigruppen jenseits der Grenzen pflegt man intensive Beziehungen. Kontakte unterhielt die Dortmunder Szene auch zu den Neonazis des NSU.

Nach Jahren des Wegsehens und Bagatellisierens will Dortmund das grassierende Nazi-Problem nun anpacken. Mit den neuen Maßnahmen der Stadt zeichnen sich erste positive Konsequenzen ab: Die Polizei leitet jetzt gezielt Betroffene an die Opferberatung weiter. Bislang waren die Opfer rechter Angriffe in NRW nahezu auf sich gestellt, oft wussten sie nicht, an wen sie sich wenden sollten. Wie sehr Ansprechpartner fehlten, beweist nicht zuletzt die Tatsache, dass die Berater des BACK UP nach nur wenigen Monaten bereits 40 Menschen betreuen, darunter auch Traumatisierte wie einen Duisburger mit türkischen Wurzeln, der vor acht Jahren bei einem Anschlag schwer verletzt wurde. Die Fahnder prüfen, ob auch dieser Mordversuch auf das Konto des Nationalsozialistischen Untergrunds geht.

### **Der Staat zeigt: Wir wollen keine Nazis**

Und auch im öffentlichen Raum versucht Dortmund den Kampf gegen rechts aufzunehmen: Statt wegzusehen und rechtsextreme Umtriebe zu verharmlosen, wird jetzt Front gemacht gegen die massiv auftretende Neonazi-Szene. Auf dem Wilhelmplatz in Dort-



*Der Spruch ist im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld dutzendfach zu lesen: »R135 bleibt«. Gemeint ist damit das Zentrum der Neonazis in der Rheinischen Straße 135. Die Stadt hat das Haus gekauft und den Rechten gekündigt. Mit aller Macht versucht die Stadt nun gegen die Neonazis vorzugehen.*





*Überall in Dortmund platzierten Neonazis Aufkleber, um ihren Herrschaftsanspruch in der Innenstadt zu demonstrieren.*

mund-Dorstfeld, einem alten Industrie-Viertel nur wenige Minuten vom Zentrum entfernt, deklarierten Rechte bislang mit einer Flut von Aufklebern den öffentlichen Raum für sich: »Dortmund ist unsere Stadt«, mit dieser wortgewaltigen Botschaft pflasterten sie zeitweise ganze Straßenzüge zu. Damit soll jetzt Schluss sein. Und mitunter sind es die kleinen Maßnahmen, die den Sinneswandel der Stadt im Umgang mit den Demokratiefeinden spüren lassen: Neuerdings lassen die Verantwortlichen die braunen Parolen flächendeckend abkratzen, Laternen werden mit Speziellack behandelt, damit die Hetz-Botschaften der Nazis nicht mehr haften bleiben. Beamte der Sonderkommission stehen zudem mit ihrem Einsatzwagen mitten auf dem Platz und zeigen über Stunden am Tag: Dortmund will keine Nazis. Und vor allem: Dortmund tut etwas gegen Nazis. Die öffentliche Präsenz zeigt bereits Wirkung: Die Umtriebe im Umfeld des Platzes konnten einge-



*Die Stadt Dortmund geht einen neuen, offensiven Weg. Die Polizei zeigt endlich Präsenz!*

dämmt werden. Jetzt ist vor allem der Staat präsent, nicht die Nazis und ihre Ideologie.

»Dieses Engagement ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir hoffen aber, dass das Vorgehen keine Eintagsfliege ist«, heißt es bei der Opferberatung. Denn trotz der hoffnungsvollen Weichenstellung fehlen auch in Dortmund noch immer weit reichende finanzielle Mittel, um die Beratungsarbeit gegen rechts auf eine solide Grundlage zu stellen.

Der Wille freilich ist da. Und so wird sich am Beispiel Dortmund womöglich exemplarisch zeigen, wie deutsche Kommunen den Kampf gegen den Rechtsextremismus aufnehmen können. Wie man den Absichtserklärungen des Bundestages Rechnung tragen kann. Wie aus der schändlichen Opfer-Täter-Umkehr, der Blindheit und Ignoranz der Behörden, der grassierenden Verharmlosung rechtsextremer Taten eine wahrhaft wehrhafte Demokratie-Offensive wird, bei der Politik, Behörden sowie Bürger-Vereine und Opfer-Initiativen an einem Strang ziehen. Wie man die Täter und ihre demokratiefeindliche Ideologie eindämmen und ihren Aktionsradius einschränken kann. Und schließlich: Wie sich die weit verbreitete Angst vor gewalttätigen Übergriffen, vor rechtem Alltagsterror weitgehend aus deutschen Städten verbannen ließe.

Lange hat es gebraucht. Kostbare Zeit wurde vertan, gewaltbereite Neonazis konnten erstarken, ihre Netze spannen, Menschen folgenlos angreifen, wie in so vielen Städten in Ost und West. Immerhin, nun allmählich wird dem Rechtsstaat an der Ruhr in Ansätzen Geltung verliehen. Noch aber ist Dortmund mit seinem Bemühen, dem menschenfeindlichen Terror von rechts etwas entgegen zu setzen, landesweit die seltene Ausnahme.

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **zu der vereinbarten Debatte**

#### **Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Wir trauern um Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç aus München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kieseewetter aus Heilbronn.

Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben. Die Unbegreiflichkeit des Geschehenen, die jahrelange Ungewissheit über Täter und ihre Motive waren und sind eine schwere Belastung für die Betroffenen.

Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheueren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt.

Wir erwarten, dass die Morde mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden. Das sind wir den Opfern, ihren Familien und Freunden schuldig.

Wir erwarten zugleich, dass Zusammenhänge dieser Mordtaten und ihr rechtsextremistisches Umfeld umfassend ermittelt und mögliche weitere ungeklärte Straftaten einbezogen werden.

- II. Die jetzt bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen belegen auf traurige Weise, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.

Dem Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden. Wir alle sind gefordert, zu handeln – überall dort, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen.

Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

- III. Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen.

*Dokumentation des einstimmig angenommen Entschließungsantrags des Bundestags vom 22. 11. 2011*

Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.

Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen.

Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistische Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Berlin, den 22. November 2011

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**  
**Rainer Brüderle und Fraktion**  
**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**  
**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

# MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Seit ihrer Gründung ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür hat sie überall in Deutschland bereits über 580 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine Förderung hinaus dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sie zu vernetzen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio wurde 1990 von rechten Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute 182 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird u.a. von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

## **Kontakt:**

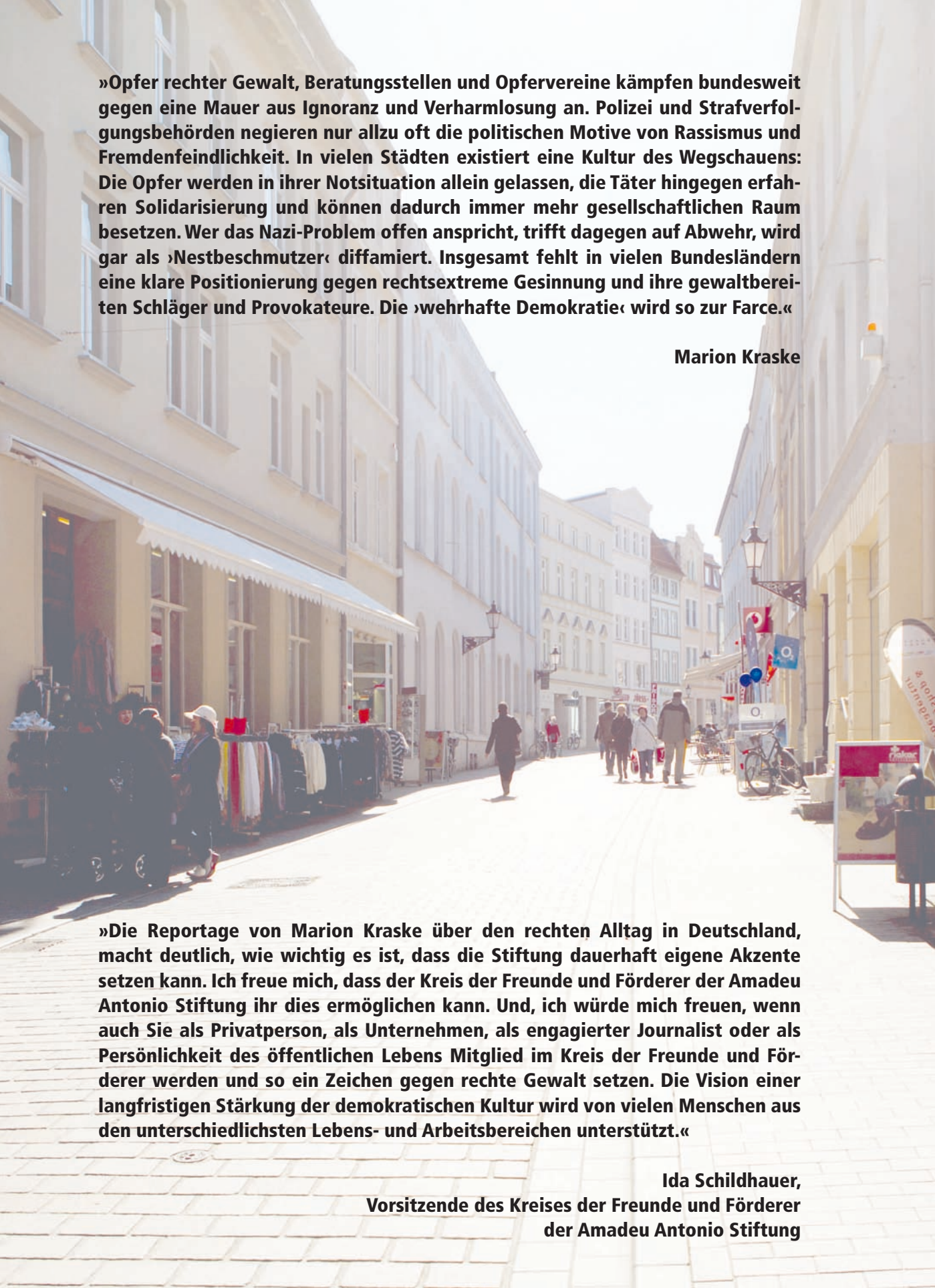
Amadeu Antonio Stiftung  
Linienstraße 139  
10115 Berlin, Germany  
Telefon 030.240 886 10  
Fax 030.240 886 22  
info@amadeu-antonio-stiftung.de  
www.amadeu-antonio-stiftung.de



## **Bankverbindung:**

Deutsche Bank Bensheim, BLZ 509 700 04, Konto-Nr. 030331300  
BIC: DEUTDEFF509, IBAN: DE 9150970004  
Bitte geben Sie bei der Überweisung auch eine Adresse an,  
damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**  
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



**»Opfer rechter Gewalt, Beratungsstellen und Opfervereine kämpfen bundesweit gegen eine Mauer aus Ignoranz und Verharmlosung an. Polizei und Strafverfolgungsbehörden negieren nur allzu oft die politischen Motive von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In vielen Städten existiert eine Kultur des Wegschauens: Die Opfer werden in ihrer Notsituation allein gelassen, die Täter hingegen erfahren Solidarisierung und können dadurch immer mehr gesellschaftlichen Raum besetzen. Wer das Nazi-Problem offen anspricht, trifft dagegen auf Abwehr, wird gar als ›Nestbeschmutzer‹ diffamiert. Insgesamt fehlt in vielen Bundesländern eine klare Positionierung gegen rechtsextreme Gesinnung und ihre gewaltbereiten Schläger und Provokateure. Die ›wehrhafte Demokratie‹ wird so zur Farce.«**

**Marion Kraske**

**»Die Reportage von Marion Kraske über den rechten Alltag in Deutschland, macht deutlich, wie wichtig es ist, dass die Stiftung dauerhaft eigene Akzente setzen kann. Ich freue mich, dass der Kreis der Freunde und Förderer der Amadeu Antonio Stiftung ihr dies ermöglichen kann. Und, ich würde mich freuen, wenn auch Sie als Privatperson, als Unternehmen, als engagierter Journalist oder als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens Mitglied im Kreis der Freunde und Förderer werden und so ein Zeichen gegen rechte Gewalt setzen. Die Vision einer langfristigen Stärkung der demokratischen Kultur wird von vielen Menschen aus den unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitsbereichen unterstützt.«**

**Ida Schildhauer,  
Vorsitzende des Kreises der Freunde und Förderer  
der Amadeu Antonio Stiftung**